

Gedanken zum Weißbuch

»Unfrieden in Deutschland / Diskriminierung in den neuen Bundesländern«

Bereits ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung erklärten die Initiatoren des Weißbuches in einem Aufruf »Für Recht und Würde«, daß »massenhaftes Unrecht« im Osten Deutschlands geschähe und riefen alle Unzufriedenen auf, ihre Schicksale in persönlichen Briefen zu schildern. Die Gründer der zugleich etablierten »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« (GBM) erreichten nach Angaben der Herausgeber annähernd fünftausend

Das Weißbuch, 1992 erschienen, dokumentiert anhand einer Auswahl von Selbstzeugnissen, Schriftwechseln und Berichten sogenannte Diskriminierung, also Verletzungen von Bürgerrechten und Menschenwürde in den neuen Bundesländern. Dieses Buch gelangte in vielerlei Hände, auch in die verschiedenster Vereinigungen der Opfer kommunistischer Willkür und zur Aufarbeitung der Geschichte kommunistischer Diktatur. Sie meldeten dagegen kaum



Berlin, 17.3.1990: Demo gegen Wiedervereinigung und für eine unabhängige DDR

Zuschriften, darunter drei, in denen die Absender bekundeten, sich als »Gewinner des Vereinigungsprozesses« zu sehen. Wie repräsentativ sind diese rund 5000 Zuschriften? Diese Frage stellten sich auch die Herausgeber und beantworteten sie, indem sie die etwa 5000 Zuschriften nicht etwa ins Verhältnis zu den Millionen einstiger DDR-Bürger, sondern zu den drei nichtkonformen Zuschriften setzten. Und da konnten sie sich dann ganz objektiv geben. Diese drei Zuschriften seien natürlich nicht repräsentativ. Tatsächlich dürften sich wohl mehr ehemalige DDR-Bürger als Gewinner der Wiedervereinigung sehen, schreiben sie. Und sie zitieren eine isda-Umfrage vom Dezember 1991, derzufolge 31 Prozent der Befragten ihre Lage als verbessert und 37 Prozent als verschlechtert angaben. Die Herausgeber sind sich aber sicher, daß sich die Zahl der Unzufriedenen noch vergrößern wird. Mit diesem Trick sind dann die knapp 5000 Briefeschreiber unversehens zur Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung mutiert. So einfach ist das.

vernehmbaren Protest an. Anders die Propagandisten und Agitatoren der PDS und der PDS-nahen Gesellschaft mit dem irreführenden Namen. Sie verschafften sich lauthals Gehör. Und alsbald entdeckten Parlamentarier in Straßburg und Bonn, daß Unfrieden stiftende »Diskriminierung« und Verletzung der Menschenwürde in den neuen Bundesländern herrsche. Die Gerichte bis hin zum Bundesgerichtshof nahmen sich der angeprangerten Verletzungen der Menschenwürde und Bürgerrechte an. Dank der Weisheit unserer obersten Richter ist Spionagetätigkeit des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, die in »brüderlich-tschechischer Verbundenheit« auch immer Spionagetätigkeit für die Sowjetunion war, der Spionagetätigkeit für die Bundesrepublik gleichzusetzen und also nichts Ehrenrühriges mehr. Auch die Verpflichtung von Rechtsanwälten der DDR, die Stasi über alles sie interessierende zu informieren, gilt nach neuester bundesdeutscher Rechtsprechung nicht mehr als ehrenrührig, wenn dem betreffenden Anwalt nicht IM-Tätigkeit zum Schaden seiner Mandanten und

elementare Menschenrechtsverletzung im Einzelfall nachgewiesen werden kann. Gleiches gilt für Richter und Lehrer. Die Opfer sozialistischer Denunziation werden es schwer haben, im »Einzelfall« nachzuweisen, wer denn für ihre persönliche und berufliche Diskriminierung, für den durchlebten Psychoterror oder für ihre Einkerkierung und die Dauer ihrer Haft verantwortlich war. Die Kaderakten sind geplündert - pardon - bereinigt, und die Stasiakten ein wenig lückenhaft. Denunziation und ihr folgende Unrechthandlungen in der DDR werden weitgehend ungesühnt bleiben. Mehr noch: Nach dem Willen etlicher Politiker sollen die privilegierten Einkommen ehemaliger Staats- und Parteikader der DDR ihrer Rentenberechnung zugrunde gelegt und also bis an deren Lebensende fortgeschrieben werden.

Der Reinwaschung soll die Belohnung der DDR-Nomenklatura folgen. Wofür eigentlich? Dafür, daß sie die DDR zugrunde gewirtschaftet haben, so daß deren Vermögen den westdeutschen Banken und Unternehmen wie eine reife Frucht in den Schoß fiel? Dafür, daß sie ihrer Entmachtung und der Wiedervereinigung keinen Widerstand entgegen setzten? Es hat den Anschein. Es hat auch den Anschein, daß die politische Klasse der Bundesrepublik, die sich aufs Arrangieren mit Diktaturen versteht, die Wiedervereinigung Deutschlands nicht als Ergebnis der Entmachtung der SED und ihrer Kader durch die Bevölkerung der DDR, sondern als Resultat der freiwilligen Machtaufgabe der SED-Kader und ihrer Flucht in die Arme des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Tatsächlich haben sich die SED-Kader, nachdem sie sich zur Machtaufgabe genötigt sahen, in die Arme des Rechtsstaates geflüchtet. Ihnen war klar geworden, daß es mitten in Europa eine »chinesische Lösung« nicht geben könne, so sehr Honecker, Mielke, Krenz und Genossen von ihr auch begeistert waren. Aber eine »chinesische Lösung« hätte die DDR weltweit isoliert und das von Honecker seit seinem Machtantritt 1972 anvisierte und mit seinem Besuch in der Bundesrepublik und dem Einzug der DDR in die UNO erreichte Ziel, nämlich die internationale Anerkennung der DDR zunichte gemacht. Deshalb suchte die Führungsspitze der DDR nach anderen Mitteln, mit ihren empörten Untertanen fertigzuwerden. »Dialog« wurde angeboten, die »Wende« eingeläutet. Die Öffnung der Mauer verlegte die Demonstrationen von Plauen nach Hof und vom Alex auf den Kudamm, verschaffte den Politbürokraten letztlich eine Atempause. Gegendemonstrationen wurden organisiert, auf dem Alexanderplatz und in Treptow. Die Öffnung der Tore der Stasi sollte aller Welt den »Vandalismus« der »Unruhestifter« vor Augen führen. Doch keine ihrer Rechnungen ging auf. Am Ende blieb ihnen nur noch die Flucht in die Arme des Rechtsstaates Bundesrepublik.

Schalck-Golodkowski machte es ihnen vor. Aber er flüchtete nicht nur, er gab den Vertretern der Bundesrepublik schon bei seinem ersten Treffen nach seinem Übertritt in die Bundesrepublik den Rat, die Bürgerkomitees zu entmachten. So wie er gaben sich viele der Entmachteten nicht als Verlierer. Erinnert sei an die fünf Stasigenerälen, die der Bundesrepublik öffentlich ihre Dienste, Treue und Verschwiegenheit anboten. Es ist das alles damals von der Bundesregierung empört zurückgewiesen worden. Inzwischen nimmt sich vieles ganz anders aus, inzwischen wird die »Ehre« der Entmachteten wiederhergestellt und sollen deren Privilegien in der geplanten Rentenrechts-Novellierung fortgeschrieben werden. Der Berufsethos von Anwälten, Richtern und Lehrern bleibt auf der Strecke. Das kann

und wird für das politische Klima im wiedervereinigten Deutschland nicht ohne Folgen bleiben. Auf der Strecke bleiben auch die Abertausende Opfer kommunistischer Willkür und die Millionen Billiglöhner der DDR, die um ihre Lebensleistung geprellt wurden, fortgeschriben wie die Privilegien ihrer einstigen Verführer, nur im Falle der Verführten in Form von Niedrigrenten und des Abstiegs in die Sozialhilfe bis an ihr Lebensende. Das ist die wahre Diskriminierung in den neuen Bundesländern, von der das Weißbuch der PDS-nahen Gesellschaft mit dem irreführenden Namen nichts zu vermelden weiß.

Das Weißbuch berichtet vom Schicksal der Entmachteten und vom Verlust ihrer einstigen Privilegien, vermischt das mit den Folgen der von ihnen verursachten Mißwirtschaft, mit dem wirtschaftlichen Bankrott eines ganzen Wirtschaftssystems, der nicht ohne Folgen für die Weltwirtschaft bleiben konnte, mit der daraus resultierenden massenhaften Arbeitslosigkeit und allen anderen sozialen Folgeschäden. Das Ganze wird dann zu massenhafter »Diskriminierung« mit »Berufsverboten« und »Rentenstrafrecht« hochstilisiert.

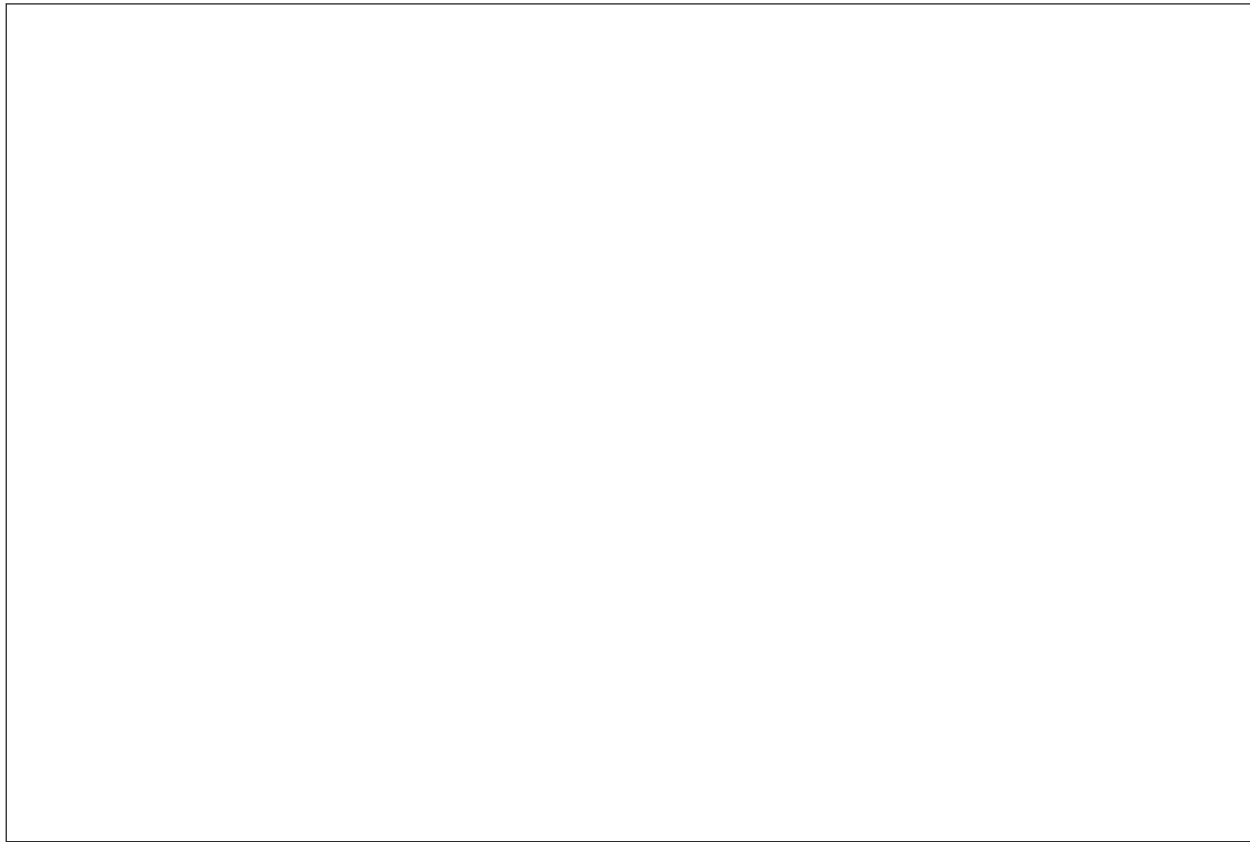
Die Herausgeber des Weißbuches geben sich vordergründig ganz uneigennützig, sie stellen das Schicksal der einst Mächtigen zunächst hintenan. »Arbeitslosigkeit« lautet ihr erstes Thema. Sechs Zuschriften persönlich Betroffener, ein Tonbandprotokoll, diverse Zeitungsberichte, allen vorangestellt einleitende Worte von Dr. Klaus Grehn, dem Vorsitzenden des der PDS nahestehenden Arbeitslosenverbandes. Darin: »Wenn Politiker zugeben, daß sie sich hinsichtlich der Einschätzung der Situation geirrt haben, dann sind die Leidtragenden dieser Irrtümer die nahezu 45 Prozent der Arbeitnehmer Ostdeutschlands, die nun in unterschiedlicher Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind.« Die Politiker, die sich nach Grehn geirrt haben, heißen nicht Honecker, Mittag, Krenz, Schalck-Golodkowski oder wer in der DDR noch so alles Verantwortung trug, sondern heißt schlicht und ergreifend Helmut Kohl. Der hat in seinem Überschwang tatsächlich versprochen, daß es niemandem schlechter gehen werde. Zugegeben, ein Irrtum. Aber was ist dieser Irrtum gemessen an einem ganzen Staatsbankrott? Den aber hat Klaus Grehn nicht im Blick.

Zweites Kapitel: »Bauernkrieg gen Osten«. Da bricht mit dem Untergang der DDR eine autarke Landwirtschaft zusammen, die mit dem Weltmarkt nur in Berührung kam, wenn Merk und Moksel aus Bayern quer Beet in der DDR billige Schweinehälften kauften. Natürlich immer die besten Stücke. In der DDR konnte man zeitweilig den Eindruck gewinnen, es sei gelungen, Gänse und Schweine ohne Leber zu züchten. Aale gab es natürlich auch nicht. Aber von Binnenfischern ist im zweiten Kapitel keine Rede, sondern von Bauern, die einst in Genossenschaften gepreßt wurden und deren Genossenschaften mit der von Krenz und Schabowski besorgten Grenzöffnung der über sie hereinbrechenden Konkurrenz erlagen. Nun kamen die Glücksritter aus dem Westen, über die wird im Weißbuch gar mächtig hergezogen, aber auch einige kluge Agrar-ökonomien, die aus manchem ruinösen Ex-DDR-Betrieb etwas konkurrenzfähiges machten, wovon das Weißbuch selbstredend nichts zu berichten weiß. Ein »Neuerer-kollektiv« mit seiner Bastelwerkstatt, das in der DDR den ganzen Betrieb wenigstens einigermaßen am Laufen hielt, wurde nun nicht mehr gebraucht. Parteisekretär und dergleichen natürlich auch nicht - auf die hätte man schon zu DDR-Zeiten verzichten können. Der Staatsbankrott der DDR hat auch um die

ostdeutsche Landwirtschaft keinen Bogen gemacht. Für die Herausgeber des Weißbuches ist das kein Thema. Was sie ausmachen, heißt »Bauernkrieg gen Osten«.

Drittes Kapitel: **Renten**. Hier ist zunächst ganz uneigen-nützig von den 3,2 Millionen Rentnern die Rede, die 1992 in

Billigprodukten »made in GDR« zu bedienen, DDR-Frachter zu Billigtarifen anzubieten und »Befreiungs-bewegungen« billig mit Waffen zu versorgen. Das brachte Milliönchen um Milliönchen in D-Mark und anderer frei konvertierbarer Währung, die die Genossen entweder ver-praßten oder für



» ...auf die hätte man schon zu DDR-Zeiten verzichten können.« (Foto: ohne Ort, ohne Jahr)

den neuen Bundesländern lebten. Ein Dr. Fritz Rösel weiß einleitend zu berichten, daß die Rentner in der DDR »darauf eingestellt« waren, »ein selbstbestimmtes und - wenn auch bescheidenes -, so doch materiell unabhängiges Leben zu führen« und nach der Wiedervereinigung ein Schicksal voller »Dramatik« erlebten. »Wenn in der Vergan-genheit«, so plaudert er weiter, »ihre finanziellen Einkünf-te oft auch gering waren, so entsprachen sie doch dem ge-sellschaftlichen Durchschnitt, und Rentner waren an den Aufwendungen, die der Staat als Subventionen gab, in besonderer Weise beteiligt. Diese konsumwirksamen Mittel betragen im Jahre 1988 pro Kopf der Bevölkerung mehr als 900 DM (!) monatlich. Das war oft mehr als die nor-male Rente.«

Kaum ein halbes Jahr nach dem Ende der DDR hatte Dr. Rösel schon vergessen, daß in der DDR nicht in D-Mark gerechnet wurde, sondern Aluchips und Zettel der Staats-bank der DDR in Umlauf waren, von deren Wertlosigkeit sich jeder überzeugen konnte, wenn er damit eine Bohrma-schine, einen Farbfernseher oder gar ein Auto kaufen wollte. Vielleicht sind die »DM« aber auch nur ein Lapsus, den man geflissentlich übergehen kann. Nicht übergehen kann man die »Aufwendungen, die der Staat als Subventionen gab«.

Da ist sie wieder, die von Honecker, Mittag und Genos-sen bis zum Überdruß gepriesene »zweite Lohntüte«. Sie machte Millionen »Werk-tätige« zu Billiglöhnern und er-möglichte Mittag, Schalck und Beil, westliche Märkte mit

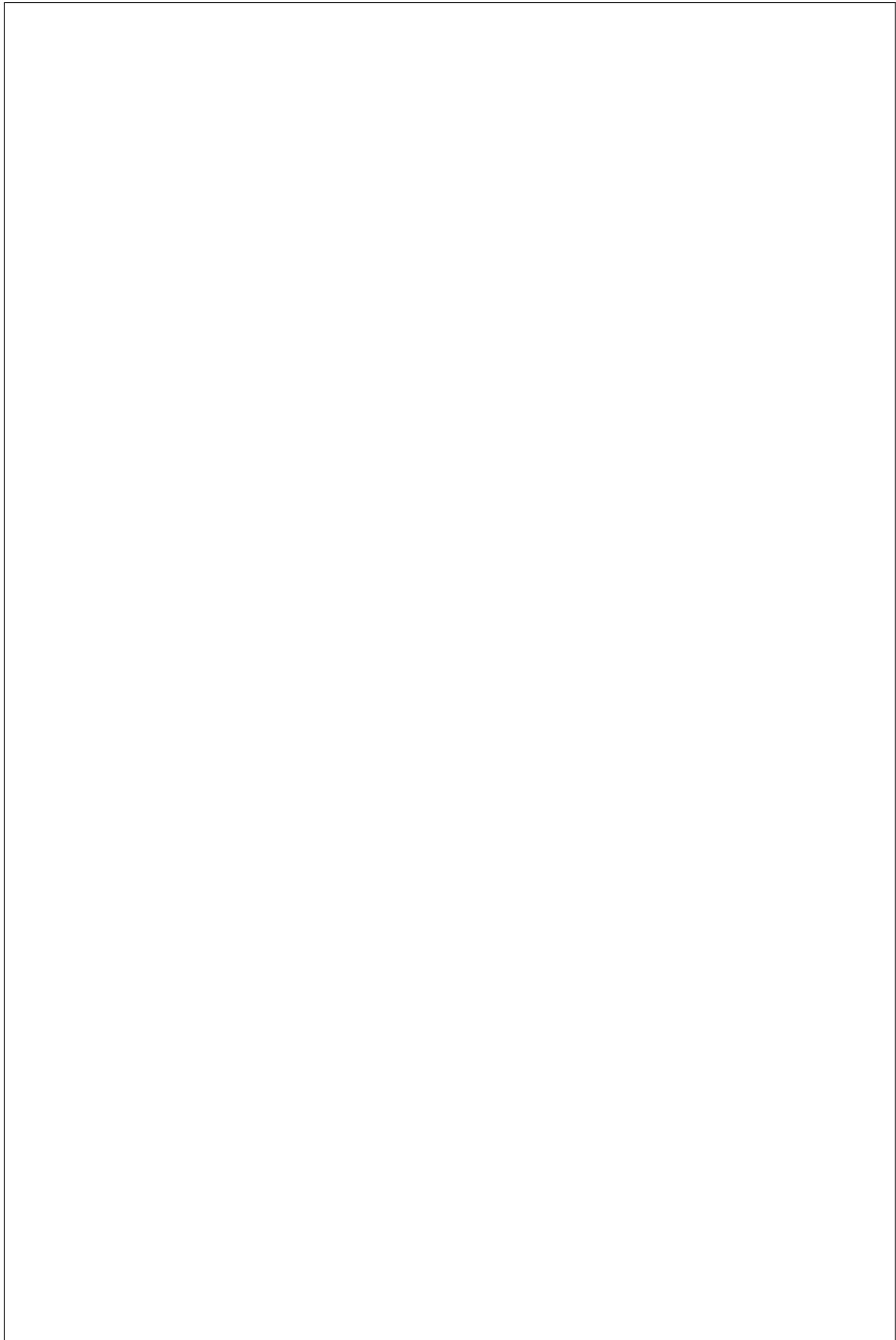
ihr übersteigertes Repräsentationsbedürfnis verpulverten oder vor und nach der »Wende« profitabel im Ausland anlegten. Nach den verschwundenen Millionen suchen Fahnder der Bundesrepublik heute noch. Infolge der Niedrig-lohnpolitik der DDR werden diejenigen, deren Berentung noch bevorsteht, als Niedrigrentner in die Röhre gucken. Die Millionen Alt-Rentner in den neuen Bundesländern hingegen gehören infolge der Renten-anpassungspolitik der Bundesregierung mehrheitlich zu den Gewinnern der Wiedervereinigung. Daß ihre Renten dennoch niedriger ausfallen als Renten in den alten Bundesländern, ist für Fritz Rösel und Genossen eine schreiende Ungerechtigkeit. Schuld daran ist für sie die Ren-tenpolitik der Bundesrepu-blik, die davon ausgeht, daß Rentner im Osten »weit weniger Rentenansprüche erarbeitet *haben sollen*, ... obwohl sie im Durchschnitt mehr Arbeitsjahre haben« als Rentner im Westen. Was heißt hier »sollen«? Infolge der Niedriglohn-politik der DDR haben Rentner im Osten trotz mehr Arbeits-jahren tatsächlich weniger Rentenansprüche erworben als Rentner im Westen. Die zweite Lohntüte, von der Rösel heute noch faselt, hat sich mit dem Bankrott der DDR in Luft aufgelöst. Einer der Nepper sitzt heute am Tegernsee und erhält Haftverschonung, um seinen Geschäften in aller Welt nachgehen zu können. So viel Noblesse wird Vater Graf nicht zuteil und gewöhnlichen Taschendieben allemal nicht.

Die schreiendste Ungerechtigkeit trifft aber nach Fritz Rösel die »Zehntausende, die aus politischen Gründen Renten-kürzungen hinnehmen mußten - gedacht als lebens-



Ohne Worte

Vergangenheitsklärung



Ohne Worte

lange Geldstrafe.« Betroffen seien, so schreibt er weiter, »Frauen und Männer jener Generation, die geholfen hat, die Zerstörungen des II. Weltkrieges im Osten Deutschlands zu beheben und die für ganz Deutschland bedeutende Reparationen erwirtschaftete und zahlte.« Fritz Rösel bezeichnet das als »Plattwalzen der Altersintelligenz der ehemaligen DDR« und »Willkürakt der Macht, der jeder humanistisch-pluralistischen Gesinnung widerspricht«. Hier überschlagen sich Geschichtsfälschung und Demagogie förmlich. Da ist von Frauen und Männern jener Generation die Rede, die geholfen hat, die Kriegsschäden zu beheben. Daran stimmt zunächst einmal nicht, daß alle, die von dem vermeintlichen Rentenstrafrecht betroffen sind, der geschilderten Generation angehören. Die meisten der 1989 entmachteten und ihrer Privilegien entledigten Funktionäre und Offiziere gehören der Folgegeneration an. Aber was schert das Fritz Rösel? Er will einem unbedarften Publikum vermitteln: Es gab eine Generation, die hat Gutes getan, und Frauen und Männer dieser Generation werden heute bestraft. Und niemand fragt: »Haben denn die Frauen und Männer, von denen Fritz Rösel schreibt, auch Gutes getan?« Hat derjenige, der sich durch Denunziation in der Parteihierarchie hinaufdiente, oder derjenige, der politisch Andersdenkende ins Zuchthaus sperrte, zur Behebung der Zerstörungen des zweiten Weltkrieges beigetragen? Sie haben an die Stelle einer militärisch besiegten Diktatur die Diktatur eines der Sieger gesetzt und sich sogleich auch zu Siegern erklärt, der Klarheit halber gleich zu »Siegern der Geschichte«. Nun erklärt sie Rösel zu Opfern, zu Opfern des »Rentenstrafrechts«. Zu ihnen gehören laut Rösel »Gelehrte und Künstler ebenso wie Direktoren oder Offiziere« und - man höre und staune - »ebenso Opfer des Faschismus wie Opfer des Stalinismus.« Es ist schon eine Dreistigkeit sondergleichen, wenn der Fürsprecher von Henkersknechten sich zugleich zum Fürsprecher der Opfer erklärt. Wie dem auch sei, sie alle werden im Weißbuch zum Widerstand aufgerufen. Ein Unterkapitel lautet dann auch »Widerstand lohnt sich« und unterfüttert diese These mit Fallbeispielen, die inzwischen um viele weitere ergänzt werden könnten. Nur die Opfer des Stalinismus haben von der Aufforderung zum Widerstand offenbar keinen Gebrauch gemacht. Sie erhalten weder eine »Ehrenpension« wie die Opfer des Nationalsozialismus noch eine vergleichbare Entschädigung. Worum mag das wohl liegen?

Das vierte Kapitel befaßt sich mit der »größten **Mietenexplosion** der deutschen Nachkriegsgeschichte«. Niemand wird bestreiten, daß sie eine soziale Härte ohne Beispiel ist. Nur, was hat das mit »Diskriminierung« zu tun, die zu beklagen sich die Initiatoren, Verfasser und Herausgeber des Weißbuches angelegen sein lassen? Bei den DDR-Mieten konnte man es nicht belassen - das erklärten schon Harry Nick und Genossen von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im Vorfeld des von ihnen vorbereiteten, dann aber infolge der Ereignisse im Herbst 89 nicht mehr stattgehabten 12. Parteitages der SED. Die niedrigen DDR-Mieten fraßen Jahr um Jahr immer größere Löcher in den Staatshaushalt der DDR und ließen nichts mehr übrig zum Substanzerhalt. Die Häuser verfielen wie sonst nie in Friedenszeiten. Wenn sich jemand, wie Hans Rehfeld, der die Einleitung zu diesem Kapitel schrieb, schon mit »Nachkriegsge-schichte« befaßt, dann sollte er nicht die vierzig Jahre DDR vergessen, die gemessen an den wenigen Jahren nach der Wiedervereinigung immerhin den größeren Teil der Nachkriegsgeschichte Ostdeutschlands ausmachen. Und vergessen sollte er auch nicht den Verfall

der Altstädte in der DDR. Die Angleichung der Mieten an den Markt war unausweichlich. Daß sie Mieterhöhungen bislang nicht gekannten Ausmaßes zur Folge hatte, ist nicht zuletzt der aller Ökonomie hohnsprechenden Miet- und Niedriglohnpolitik der DDR geschuldet. Es ist schon grotesk. Das Weißbuch wurde ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung initiiert. Die letzte der »Jubelfeiern bis zum bitteren Ende« lag noch keine zwei Jahre zurück, da schickten sich die neuen Streiter »für Recht und Würde« schon an, alles Vorangegangene vergessen zu machen und aufs Neue zum Kampf gegen ihren alten Feind Bundesrepublik zu blasen.

Da darf auch Käthe Reichel nicht fehlen. Sie leitet Kapitel 5 ein: »**Selbstmorde - Selbstmordgedanken**«. Käthe Reichel ist wortgewaltig. Und wortgewaltig macht sie sich zur Fürsprecherin vor allem »der jetzt 45- bis 65jährigen, ...die Arbeitslosigkeit nicht kannten, keine Gelegenheit hatten, in ihrem Gesellschaftssystem Gewohnheiten dafür zu entwickeln, ...beim Lauf nach Arbeit keine Gewinnchancen« haben, sich ausgestoßen fühlen und mit Selbstmordgedanken tragen, letztlich den Freitod wählen. Und wer ist schuld? Die »Welt des totalen Geldes«, die in die frühere DDR eingebrochen ist und deren »administrative Gegenwart« in »verordneter Hilflosigkeit« besteht. So Käthe Reichel.

Wer hat denn all die Menschen, die in ihrer Not keinen anderen Ausweg als den Freitod mehr wissen, jahrzehntelang in unmündiger Sicherheit gewiegt? Wer hat ihnen denn immer und immer wieder gepredigt, daß die Welt des Sozialismus bis in alle Ewigkeit währe und daß man ihren Führern nur zu folgen brauche? Wer hat denn diese Menschen bis zur Hilflosigkeit entmündigt? Die »Welt des totalen Geldes«? Oder war es nicht die Welt der »Sieger der Geschichte«, die den Menschen das Himmelreich auf Erden versprochen und jeden strafen, der ihnen widersprach oder auch nur unerlaubten Zweifel äußerte? Die Bestraften hatten übrigens schon in der schönsten aller Welten Gelegenheit, Arbeitslosigkeit kennenzulernen, es sei denn, es war bei der Kirche gerade eine Stelle als Friedhofsgärtner frei. Berufsverbote im Stasistaat waren ebenso flächendeckend wirksam wie die Bespitzelung. Umlaufende Kaderakten mit Vermerken des MfS sorgten dafür, daß ein einmal verkündetes Berufsverbot auch allenthalben beachtet wurde. Für die von Berufsverboten in der DDR betroffenen zeichnete sich wirklich kein Silberstreif am Horizont ab. Die Hoffnung auf ein Ende kommunistischer Willkürherrschaft hatten selbst Politiker im Westen längst aufgegeben. Für in der DDR »Ausgestoßene« blieb, wenn man an der Resignation nicht zu-grunde gehen wollte, vielfach nur der Versuch der lebensgefährlichen Flucht oder der Weg der legalen Ausreise, zumeist um den Preis zeitweiliger Inhaftierung und des Verlusts aller Habseligkeiten. So konnte man bereits in der DDR die Härten des Lebens kennenlernen, ganz ohne die »Welt des totalen Geldes«.

Gegen die Widerspenstigen gab es die Stasi. Diese »Firma« wurde aufgelöst. Deren Mitarbeiter gingen nicht, wie im Herbst 89 vieltausendfach gefordert, in die Produktion - die hatten die für die Wirtschaft zuständigen Genossen inzwischen zugrunde gerichtet. Viele wanderten dennoch ab in die Wirtschaft, nicht in die marode Plan-, sondern in die lukrative Privatwirtschaft. Sie gründeten mit SED- und Stasigeldern neue Unternehmen, aktivierten schon Jahre zuvor und in der »Wendezeit« ins Ausland transferiertes Kapital, gründeten Detekteien und private Sicherheitsdienste (gelernt ist gelernt), beherrschten binnen kürzester

Zeit nahezu die gesamte Computerbranche, ein Feld, auf dem außer ihnen in Ostdeutschland kaum jemand nennenswerte Kenntnisse besaß. Das Kapitel des Abtauchens der Nomenklatura und der Stasi in Marktwirtschaft und Rechtsstaat ließe sich ellenlang fortsetzen. Einige blieben einfach wo sie waren - bei der Polizei, in der Justiz, im medizinischen Dienst, an Universitäten und Hochschulen, in den Kirchen, in alten und neuen Parteien, in ... auch dies ließe sich endlos fortsetzen. Manche wurden Abgeordnete, Minister oder gar Ministerpräsident. Sie hofften, unerkannt zu bleiben. Manche blieben unerkannt, andere nicht. Daß manche ihre Biedermannsmaske verloren, war schuld der Bürgerrechtler. Sie hatten nach Lesart der neuen Kämpfer für »Bürgerrecht und Menschenwürde« eine Stasihatz entfacht, eine wahres Kesseltreiben, eine Hexenjagd. Die hatte zwar nicht, wie weiland Peter-Michael Diestel verkündete, zu Mord- und Totschlag oder zu irgendwelchen bürgerkriegsähnlichen Bruder- und Grabenkämpfen geführt, aber zu Selbstmorden.

Warum, so frage ich, treibt die Frage nach der Wahrheit einen Menschen in den Selbstmord? Und: Wenn die Frage nach der Wahrheit einzelne Menschen zum Freitod drängt, darf dann nicht mehr nach der Wahrheit gefragt werden? Ist die Suche nach Wahrheit mörderisch und also inhuman? Die neuen Streiter für »Bürgerrecht und Menschenwürde« wollen es uns weismachen. In einem langen Anhang zum Kapitel »Selbstmorde - Selbstmordgedanken« werden Selbstmorde ehemaliger offizieller und inoffizieller Mitarbeiter des MfS nach deren Enttarnung sowie Selbstmorde und Selbstmordgedanken ihrer Angehörigen geschildert. Die Fälle sind tragisch und unverständlich zugleich. Niemand trachtete auch nur einem von ihnen nach dem Leben. Sie mochten es wohl nicht glauben, denn »Was ich selber denk und tu, trau ich auch dem andren zu.« »Keine Gewalt« war die Losung der friedlichen Revolution, und der Appell richtete sich an die damals noch Machthabenden wie an die Demonstranten gleichermaßen. Gefordert wurde von den für das allgemeine Desaster Verantwortlichen lediglich Verantwortung und Machtverzicht. Auf die Macht mußten sie verzichten, bekennen und verantworten wollte sich kaum einer von ihnen, manch einer wählte statt dessen lieber den Freitod. Warum? Und warum sollen die Fragenden schuld sein an dieser unsinnigen wie irreparablen Entscheidung der Gefragten? Es ist finsterste Demagogie der Entmachteten, Bürgerrechtlern die Schuld für das irrationale Handeln einst mächtiger Feiglinge zuzuweisen und sich im gleichen Atemzug als Streiter für Bürgerrecht und Menschenwürde zu erklären, Begriffe, die noch vor kurzem nur im Vokabular ihres Zynismus vorkamen.

Ein Kapitel befaßt sich mit der »**Diskriminierung von Ausländern**«, den Exzessen in Hoyerswerda und andernorts, dem eruptiv aufbrechenden Nationalismus, der nach Ansicht des chilenischen Verfassers der Einleitung »nicht nur logisches Ergebnis der SED-Herrschaft und sonst nichts« gewesen sein könne. Ihm sei nachgesehen, daß er dankbar ist, dem Pinochet-Terror entronnen zu sein und in der DDR eine Bleibe gefunden zu haben. Doch die Ghettoisierung der Ausländer in der DDR, insbesondere der Schwarzafrikaner und Vietnamesen, und die Bergwöhnung eines jeden Ausländers durch die Stasi konnte doch auch ihm nicht verborgen geblieben sein. Die vielgepriesene »Völkerfreundschaft« fand doch nur im offiziellen Rahmen statt und war im privaten gänzlich unerwünscht. Es kann doch nicht sein, daß unser Chilene das nie bemerkt hat. Und wie erklärt er sich im übrigen das Aufbrechen nationaler

Zwistigkeiten und Kriege nahezu überall im ehemaligen »sozialistischen Lager« nach dessen Zerfall? Ich ahne es schon: Es sind die sattsam bekannten Machenschaften des US-Imperialismus und seines deutschen Juniorpartners.

Heidrun Hegewald schreibt über »**Künstlerbetroffenheit**«, nicht unter der Fuchtel von Tapeten-Hager, sondern nach der »Wende«. Eine Seite weiter folgen Zeitungsausschnitte: »Helga Hahneemann - der Star, der an der Wende zerbrach«, denn - so das Fazit des dazugehörigen Artikels - »Psycho-Streß kann Krebs mitverursachen. Henne ist an der Wende zerbrochen.« Das ist Logik, die einem die Sprache verschlägt. Oder der Schriftsteller Rolf Schneider, einst Wanderer zwischen den Welten, über »das Lebensgefühl in den östlichen Bundesländern«: Sie fühlen sich »hintergangen, betrogen, gedemütigt, wieder einmal. Der Unterschied zur verlogenen Politik der SED besteht in ihren Augen nur noch darin, daß jene durch diktatoriale Anmaßung herrschten, wo das neue Regiment mit demagogischen Tricks operiert.« Dann sagt er für das Frühjahr (1992?) »Massendemonstrationen« voraus, die in »bürgerkriegsähnliche Unruhen münden« könnten (Diestel läßt grüßen). Die Verantwortung dafür trage natürlich Kohl. Niemand weiß, warum das Ereignis nicht stattgefunden hat. Vermutlich war daran auch Kohl schuld.

Ein weiteres Kapitel ist betitelt mit »**Personalabwicklung statt Personalkonversion**«. Hier kommt auch wieder das »Rentenstrafrecht« zur Sprache. Ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit wenden sich um Hilfe an den Bundeswehrverband. Sie sind inzwischen aktive Mitglieder des Verbandes ihres einstigen Klassenfeindes, den zu bekämpfen sie geschworen hatten, unversöhnlich und mit allen tschekistischen Mitteln und Methoden. Und was macht der »Klassenfeind«? Er antwortet ganz lieb und rechtsstaatlich: »Sehr geehrter Herr Auch wir sind der Auffassung, daß ein Gesetz mit Strafcharakter verfassungswidrig ist und werden die Behandlung der Renten ... in einem Musterprozeß vor das Bundesverfassungsgericht bringen. Dabei wird gleichzeitig auch Ihr Fall mitbehandelt, ohne daß Sie selbst irgendwelche Schritte unternehmen müssen. Mit freundlichen Grüßen / Unterschrift / Titel«. So freundlich empfahl sich der Bundesverband schon im September 1991 als Interessenvertretung ehemaliger Stasi-offiziere. Wen wundert es, daß sie sich heute nebst ehemaligen Offizieren der Grenztruppen und der NVA massenhaft im Bundeswehrverband tummeln, dessen ostdeutsche Verbände inzwischen die aktivsten sind.

Ab Seite 424 geht es um »**Rechtsunsicherheit und Eigentumsverunsicherung**« in den neuen Bundesländern. Sie resultiert natürlich nicht aus der Rechtsunsicherheit und der Mißachtung des Eigentums in der sozialistischen DDR, sondern aus dem Einigungsvertrag und der bundesdeutschen Rechtspraxis. Da steht er nun da, der Rechtsstaat, wie der König ohne Kleider, nackt und bloß und all seiner Hüllen beraubt. Und die politische Klasse der Bundesrepublik? Sie nimmt es hin, gerät ins Grübeln, wägt hin und wägt her, findet, daß etwas daran sein müsse an den laut-hals vorgebrachten Klagen der Entprivilegierten und macht sich Gedanken über die Rehabilitierung ihrer einstigen Todfeinde, hoffend, sie werden zur treuen Wählerschaft ihrer Parteien. Doch Pustekuchen, ihre einstigen Todfeinde bleiben ihre Todfeinde. Sie unterwandern und durchdringen die demokratischen Institutionen und ... wählen fröhlich PDS, ihrerseits hoffend, daß in der PDS der harte Kern marxistisch-leninistischer Kader erhalten bleibt.

» ...unter der Fuchtel von Tapeten-Hager...« (Foto: ohne Ort, ohne Jahr)

Nichts spricht gegen solche Hoffnung. Nur Gysi und Bisky, stets um die Legalität ihrer Partei bemüht, dementieren gelegentlich. Distanziert-hilfreich sekundiert Landesvater Stolpe, der seinerseits Wolfgang Thierse soeben als SPD-Sprecher der neuen Bundesländer verdrängt hat. Zuvor hatten Ex-»Stasijäger« Dankwart Brinksmeier und Ex-Chefunterhändler Egon Bahr den leitenden ZK-Mitarbeiter Manfred Uschner für die SPD gewonnen und hatte dereinst in der DDR-Subkulturszene agierende Dada-Künstler, spätere Berliner Nachwende-Stadtrat für Inneres und Nackedei-Wahlkämpfer Thomas Krüger sich damit gebrüht, als erster Kreisvorsitzender der SPD die Aufnahme eines einstigen Stasioffiziers in die SPD sanktioniert zu haben. Sie alle diffamieren ihre »Genossin« Angelika Barbe oder ihren »Genossen« Martin Gutzeit, mutige Oppositionelle aus DDR-Zeiten und Wiederbegründer der Sozialdemokratie in der DDR, wegen ihres Widerstandes gegen eine neue Vereinnahmung ihrer Partei durch kommunistische Kader als »Wendebesitzständler«. Gebracht hat dies alles nichts, jedenfalls nicht für die SPD. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen in Brandenburg sowie die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen haben es an den Tag gebracht. Den alten Kadern wie den neuen Klassenkämpfern wird nur mehr bewußt, daß ihre Macht und Stärke in einer starken PDS ruhen, daß nur deren Druck vereint mit dem Druck der ihr nahestehenden Vereinigungen die politische Klasse der Bundesrepublik nachgiebig stimmt.

Weitere Kapitel befassen sich mit der »Zerstörung antifaschistischer Traditionen«, dem rüden Umgang der Sieger mit Denkmälern und Straßennamen, mit der Lage der ostdeutschen Frauen, mit der »Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen«, mit der »Diskriminierung im Beruf bis zum Berufsverbot für die Mitarbeiter des ehemaligen 'Öffentlichen Dienstes' der DDR«, mit der »Zerschlagung« der medizinischen Einrichtungen, mit der »Lehrer-

abstrafung«, mit dem »Kahlschlag der Wissenschaft« und der »Entwürdigung von Wissenschaftlern«.

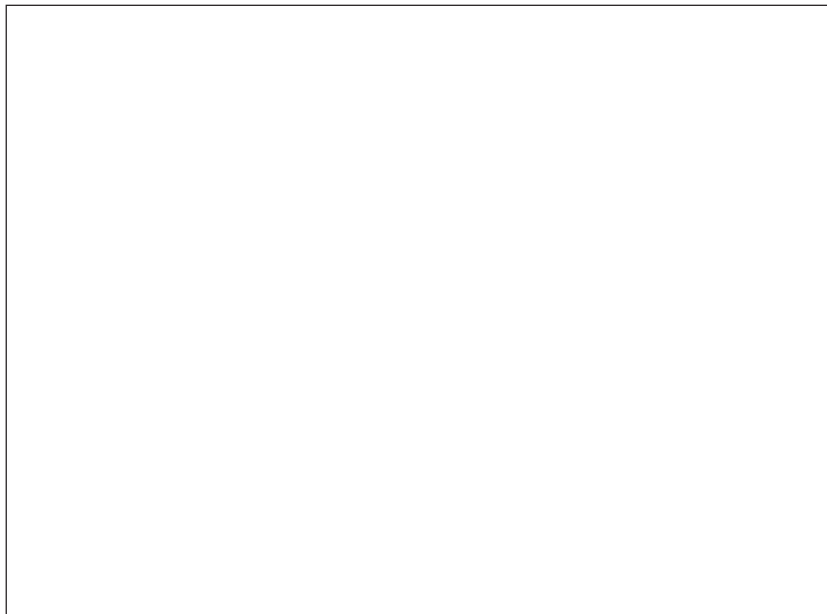
Welchem Thema sich das Weißbuch auch zuwendet, stets wird das Hohelied der DDR gesungen, ab und an einmal garniert mit dem Zugeständnis kleiner Unzulänglichkeiten in der DDR. Dafür zwei Beispiele.

Dr. Dieter Frielinghaus schreibt für die Herausgeber: »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb von Kriegs- und Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist. Statt auf die Niederlage einer zur Vermenschlichung des Zusammenlebens angetretenen Gesellschaftsordnung 'dialogisch', d.h. in Gedanken, Worten und Werken zu antworten, werden wir genötigt, uns unserer Haut zu wehren, wo uns eine Ordnung übergestülpt wird, die, um effizient zu funktionieren, ein Drittel Armer in den wohlhabenden Ländern und mehr als zwei Drittel derer in den übrigen Ländern benötigt. Statt selbstbewußter eigener Aufarbeitung also materiell und geistig drückende Fremdbestimmung. Statt zweifelloser Straftaten individuell und auf dem Rechtsweg zu ahnden, behandelt man im Grunde als strafwürdig, daß es die DDR überhaupt gegeben hat und daß Menschen in ihr gelebt haben. Ehrliche Überzeugungen und entsprechende Pflichterfüllung zum Wohle der Menschen werden gleich mitbestraft. Die Strafen aber werden durch Regierungs- und Verwaltungsakte angeordnet, verhängt und vollzogen. Dabei werden aus 'West' und 'Ost', 'Wessi' und 'Ossi', Begriffe zur Kennzeichnung von Menschen höheren und niederen Wertes, ein Verfahren, das schmerzliche Erinnerungen wachruft.«

Der sich da »schmerzlich erinnert und demagogisch 'Ossi' mit 'Jude' und 'Wessi' mit 'Arier' oder 'Herrenmensch' interpretiert und der Bundesrepublik geistige Verwandtschaft mit der nationalsozialistischen Rassenherrschaft nachsagt, andererseits vom untergegangenen real existierenden Sozialismus als einer »zur Vermensch-

lichung des Zusammenlebens angetretenen Gesellschaftsordnung« spricht und deren Protagonisten »ehrliche Überzeugungen und entsprechende Pflichterfüllung zum Wohle des Menschen« bescheinigt, war nicht etwa Politbüromitglied oder Stasioffizier, der mit dem Augenaufschlag der Unschuld vom Lande sein vormaliges Tun zu rechtfertigen trachtet und dabei in alte Klassenkampfparolen verfällt, der sich da so geriert ist - man glaubt es kaum - pro-movierter Theologe und Pastor einer Gemeinde bei Berlin.

Was eigentlich muß nach dem millionenfachen Leid im Gulag und der millionenfachen seelischen Verkrüppelung von Menschen insbesondere in der poststalinistischen Zeit noch geschehen, um deutlich zu machen, daß jene, die sich an die Spitze der Bewegung der Unterdrückten und Benachteiligten dieser Welt stellten und ihre Ideologie als die einzig wahre und wissenschaftliche zur Errettung der Menschheit priesen, keine Gesellschaftsordnung installierten, in der das Zusammenleben der Menschen vermenschlicht wurde? Im Gegenteil, sie installierten ein System, in dem sich hinter hehren Phrasen die niedrigsten Instinkte des



» ...beraubte den Menschen seiner Einzigartigkeit und machte ihn zum Rädchen im Getriebe.« (Karl-Marx-Stadt, 1988)

Menschen entfalten konnten - vom Spitzel- und Denunziantentum bis hin zur Fremdenfeindlichkeit im Alltag und zum Sadismus in Haftanstalten und Kasernen. Sie installierten ein System, in dem kreatives Denken nicht nur keinen Platz hatte, sondern stets und ständig verfolgt wurde. Sie installierten ein System, daß - wie sie selbst - vom Macht-denken beseelt war und das ungeachtet aller Friedensbe-teuerungen für alle Probleme dieser Welt nur militärische Lösungen anzubieten hatte. Selbst die »Befreiung« der nach ihrer Lesart vom Kapital unterdrückten und ausgebeuteten Bundesbürger (alt) wurde vom MfS bis ins letzte Detail militärisch vorbereitet. Da war kein Platz für Selbstbestimmung und Demokratie und also auch nicht für Menschenwürde.

Dieses System war von Anfang bis Ende und ist über seine Zeit hinaus kriminell. Es machte Menschen mit Demagogie und Repression gefügig, beraubte den Menschen seiner Einzigartigkeit und machte ihn zum Rädchen im Getriebe. Es hielt Menschen als Geiseln, sperrte sie ein und verkaufte sie wie Sklaven. Es eignete sich den Besitz der

Menschen an, die in diesem System nicht leben wollten, nicht leben konnten oder nicht leben durften: »Westgrundstücke« zu Abertausenden, »Mauergrundstücke« und alles Land und alle Liegenschaften der Zwangsumgesiedelten entlang der deutsch-deutschen Grenze. Und als dieses System an seinen inneren Konflikten zerbrach (und nicht besiegt wurde, wie die Vokabel »Niederlage« glauben machen will), da versuchten deren Konkursverwalter in Gestalt der Regierung Modrow/Luft dem vorausgegangenen Raub einen legalen Anstrich zu geben. Mehr noch: Mit der Installation der Treuhandanstalt wollten sie über ihre Zeit hinaus die Verteilung des Staatsvermögens an die einstige Nomenklatura sichern, die sich zur »Wendezeit« in Unternehmer verwandelt hatte und sich damals noch schamhaft mit dem Attribut »sozialistisch« versah. Diese DDR war gleich dem gesamten »real existierenden Sozialismus« die Organisationsform einer kriminellen Bande, die samt und sonders hinter Schloß und Riegel gehört.

Damit würden nicht jene bestraft, die in dieser DDR lebten, nur weil die Lausitz oder die Uckermark oder das Thüringer Land oder die Magdeburger Börde ihre Heimat war. Damit würden nicht jene bestraft, die in der DDR leben mußten, weil sie in sie hinein geboren wurden und sich ihr Geburtsland nicht aussuchen konnten. Solch demagogische Schlußfolgerung bleibt Pastor Frielinghaus und all denen vorbehalten, die ihn für ihre Zwecke mißbrauchen oder für die er sich mißbrauchen läßt. Diese Art Demagogie vermengt die Unschuldigen mit den Schuldigen, die Gutgläubigen mit ihren Verführern, die Betroffenen mit den Betrügnern und versucht, die Verführten und Betrognen noch einmal vor den Karren ihrer einst mächtigen Verführer und Betrüger zu spannen.

Ein weiteres Beispiel der Verklärung des Realsozialismus liefert Prof. Siegfried Prokop in seiner Einleitung zum Thema »Diskriminierung im Beruf ...«, überschrieben mit »Wehe den Besiegten!« Im Untertitel ist von Mitarbeitern des ehemaligen »'Öffentlichen Dienstes' der DDR« die Rede. Jeder, der in der DDR gelebt hat weiß, daß es in ihr nie einen »Öffentlichen Dienst« gab, sondern stets nur den »Staatsapparat«, im Selbstverständnis der SED die »Verkörperung der Diktatur des Proletariats«. Die darin tätig gewesenen Vollstrecker der »führenden Rolle der Partei« wurden entmachtet. Leider nicht durch die Bürgerrechtler der DDR, die Macht nicht übernehmen wollten, sondern erst mit der Wiedervereinigung im Zuge der Auflösung des zentralen Staatsapparates der DDR und seiner städtischen Einrichtungen im Ostteil Berlins. Nach dem Chaos, das sie angerichtet hatten, hätte man sie allesamt und guten Grundes Knall auf Fall auf die Straße setzen müssen. Statt dessen ging es sehr honorig zu. Diestel hatte noch kurz vor seinem Abgang als letzter Innenminister der DDR sechs Stasigenerale mit Handschlag verabschiedet, nachdem Bürgerrechtler sie aus ihren Dienstzimmern gejagt und die Verjagten sich dann beklagt hatten, so wäre in Deutschland noch nie mit der Generalität umgegangen worden. Die meisten der nachgeordneten Mitarbeiter der

Stasi erhielten Übergangentschädigungen, die ihren privilegierten Bezügen entsprachen. Sie und Mitarbeiter des zentralen Parteiapparats bedienten sich am Parteivermögen, dem auf wundersame Weise 400 Millionen Mark aus der MfS-Kasse zugeflossen waren, und gewährten sich gegenseitig »zinslose Darlehen« zum Auf- und Ausbau ihrer privaten Unternehmen. Auch Biedermann Lothar Bisky, damals Chef der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, heute Vorsitzender der PDS, langte kräftig zu. Und als dann am Tag der Wiedervereinigung der Staat DDR zu

te« in der Bundesrepublik, für »ehemalige Mitarbeiter eines 'Öffentlichen Dienstes'«, die sich um den Erhalt des Friedens und die Freiheit unterdrückter Völker verdient gemacht haben? Das ist doch eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die von Prokop und seinen zu Wächtern von Bürgerrecht und Menschenwürde gewendeten Klassenkämpfern dann auch gebührend gegeißelt wird.

Das Weißbuch und die Tätigkeit der Gesellschaft mit der verführerischen wie irreführenden Bezeichnung »zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« haben sich für die



»Sie sind längst nicht mehr die Schmutzkinder der Nation, sondern inzwischen honorige Leute mit Kompetenz...«

existieren aufhörte, wurden dessen zentrale Einrichtungen geschlossen und alle darin tätig gewesen nicht etwa sang- und klanglos entlassen, sondern in eine »Warteschleife« geschickt, mit Gehaltsfortzahlungen von sechs bis neun Monaten. Wo in der Geschichte hat es je-mals einen derartig humanen Machtwechsel gegeben?

Für Prof. Prokop ist dies »ein beispielloser Akt öffentlicher Gewalt«. Und er schreibt dann: »Es fällt schwer, sich außerhalb von Kriegen oder unmittelbaren Kriegsfolgen in Europa der Neuzeit eine derartige Demütigung von Hunderttausenden Staatsdienern vorzustellen - eines UNO-Mitgliedes bis dato, ...das wegen seiner Friedenspolitik und Solidarität mit unterdrückten Völkern weltweite Achtung genoß.« Ja, so wünschte sich Honecker immer, daß seine DDR gesehen werde, so sieht Prokop und sehen mit ihm seine Brüder im Geiste die DDR heut immer noch. Kleine Schönheitsfehler hatte sie schon. Die aber waren dem »Kalten Krieg« geschuldet und fanden sich beiderseits des »Eisernen Vorhangs«. Zum Beispiel »gegenüber Andersdenkenden praktizierte Berufsverbote«, so Prokop. Aber was sind schon Berufsverbote gegen eine Handvoll Andersdenkender in der DDR im Vergleich zu den tausendfachen »Berufsverboten« für einstige »Staatsbediensteten

entmachteten Kader des SED-Staats bereits bezahlt gemacht. Sie sind längst nicht mehr die Schmutzkinder der Nation, sondern inzwischen honorige Leute mit Kompetenz, auf die die politische Klasse der Bundesrepublik zu hören gewillt ist. Das politische Klima der Bundesrepublik hat sich verändert. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in Deutschland mehr gefährdet, als man es in Bonn wahrhaben will.

Unfrieden in Deutschland: Weißbuch/Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, GBM. Hrsg. von Wolfgang Richter. (1. Band) Diskriminierung in den neuen Bundesländern, Kolog-Verlag, Berlin 1991/92, 112 Seiten, ISBN 3-928556-06-1, 20,00 DM.